

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wertejahresheft: Abonnementpreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hirsch-Bundes).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reklamation und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 60.

Berlin, Sonnabend, 29. Juli 1911.

Dreißundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die Grundauffassung der englischen Arbeiterpartei. — Ein konservatives Blatt für das Koalitionsrecht. — Für den Frieden! — Alterszwangsversicherung für belgische Arbeiter. — Allgemeine Rundschau. — Verbands-Teil. — Literatur. — Anzeigen.

Die Grundauffassung der englischen Arbeiterpartei.

Als die Deutschen Gewerksvereine im Mai 1909 in England waren, um den Besuch der englischen Arbeiter in Deutschland zu erwidern, wurde ihnen angetragen, die englische Arbeiterpartei in Berlin zu empfangen. Wir machten darauf aufmerksam, daß in Deutschland die Auffassung bestehe, die englische Arbeiterpartei sehe in ihren Grundanschauungen der deutschen Sozialdemokratie näher und sei es daher wohl auch zweckmäßiger, wenn die englische Arbeiterpartei sich an die deutsche Sozialdemokratie wegen des Empfanges in Berlin wende. Darauf wurde uns erklärt, daß dies nicht angängig sei, die englische Arbeiterpartei wolle sich mit der deutschen Sozialdemokratie nicht identifizieren. Wir halfen daraufhin in Berlin ein unparteiisches Komitee bilden, das zur Mitwirkung auch die Gewerkschaften einlud. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften aber lehnten diese Mitwirkung ab. Das Komitee empfing unter Vorsitz von Geheimrat Hüllig — Dr. Frhr. v. Berlepsch und Reichstagsabgeordneter Heinrich Schrader gehörten u. a. auch dazu — die englische Arbeiterpartei am ersten Abend in unserem Verbandsbau. Hierbei lernten wir auch den modernen Kämpfer Macdonald kennen, der jetzt Vorsitzender der englischen Arbeiterpartei ist. Neben dieser englischen Arbeiterpartei, die mit der großen liberalen Partei gemeinsam den Kampf führt, besteht noch eine sozialdemokratische Partei unter Führung von Spindman, Walsford und Grayson, die aber von der englischen Arbeiterpartei nicht ernst genommen wird. Diese sogenannte sozialdemokratische Partei predigt den Deutschen das und möchte am liebsten Deutschland aus dem Wege geräumt sehen. Ein Londoner Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ weist nun auf ein Buch hin, das Macdonald über die sozialistische Politik der englischen Arbeiterbewegung herausgegeben hat einen orientierenden Einblick in die politische Auffassung der englischen Arbeiterpartei ermöglicht.

Der Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ hebt gleich zu Anfang seines Aufsatzes hervor, daß die Politik in England sich immer mehr nach dem Willen der arbeitenden Massen richten müsse. Reaktiv sei deren Meinung schon heute entscheidend. Was sie nicht wünschten, das geschehe nicht, und was sie nicht interessiere, das könne kein rechtes politisches Leben gewinnen. Das Volk sei kaum noch durch die Verfassung behindert, seinen Willen im Parlament zu vollstrecken. Die englische Masse werde im weitestlichen von dem großstädtischen Arbeiterstand repräsentiert. In Deutschland gebe es zahlreiche sozialdemokratische Tageszeitungen, in England, Schottland und Irland existiere nicht eine einzige, so viel auch darüber verhandelt worden sei. Die Männer der Arbeiterpartei hätten sich unter Verzicht der eigenen Klassenpolitik den Liberalen ohne Rückhalt angeschlossen. Die Arbeiter wollten sich im ganzen nach englischer Art von Extremen und Utopien freihalten und praktisch wirken. Der englischen Klasse wohne die Ueberzeugung inne, „daß männlicher und ehrenvoller als die Rolle des Bauwau zu spielen es ist, mitzuarbeiten, solange es Tag ist.“

Von dieser Grundauffassung geht nun auch Ramsay Macdonald in seinem Buche „The Socialist Movement“ aus. Den alten revolutionären So-

zialismus, der die deutsche Sozialdemokratie noch immer beherrscht, läßt Macdonald nicht gelten. Jede andere Revolution als die in den Köpfen wird von ihm scharf abgelehnt. Von dem Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus Karl Marx sagt er, daß jener zum Sozialismus als Theorie nichts beigetragen habe, außer in dem Sinne, wie ein Gärtner aus einer Masse Kräuter nützliche Pflanzen aussonderte, kultiviert und der Welt zur Bewunderung vorführt. In der Zeit von Marx sei es die größte Notwendigkeit gewesen, die Bewegung zu organisieren und dem Geiste der Massen einzuprägen, ihr politische Form zu geben, die Demokraten unter ihre Banner zu führen und zum Marichieren zu bringen. Mit Tugan-Baranowsky sagt Macdonald, daß Marx über die zukünftige Organisation der Gesellschaft kaum etwas erwähnt habe.

Auch die Frage des Klassenkampfes wird in dem Buche erörtert:

„Eine andere Ursache aus den unvollkommenen Ansichten von denen sich die ersten Sozialisten leiten lassen mußten, ist die Theorie vom Klassenkampf... Der Appell an das Klasseninteresse richtet sich an die bestehende Ordnung, sei die angereifene Klasse die der Reichen oder der Armen. Der Antisozialist appelliert an die Klasse; der Sozialist appelliert sozial. Das Klassenbewußtsein ist ein Inventarium der Verteidiger der bestehenden Ausbeutungsordnung... Die Idee des Klassenkampfes repräsentiert die bewegenden Kräfte des Sozialismus nicht mehr. Die sie brauchen, gleichen zurückgebliebenen Religionsgemeinschaften, die in ihrer Theologie noch Ausdrücke aus der Zeit vor einer geologischen Wissenschaft anwenden.“

Das wird den deutschen Theoretikern des marxistischen Klassenkampfes natürlich nicht gefallen. Der Sozialist im englischen Sinne denkt sozial, der Sozialist im deutschen Sinne ist Klassenegoist. Auch wird jenen natürlich nicht gefallen, was Macdonald über die Revolution sagt:

„Das Gerede von der Revolution als einer sozialistischen Methode ist falsch. Die Revolution kann den Sozialismus nie bringen, weil die Aenderung, die die Sozialisten planen, jede Fäler der Gesellschaft in Mitleidenschaft zieht und daher ein organischer Prozeß sein muß... Es ist daher, wenn Sozialisten von der „sozialen Revolution“ reden, dies so zu verstehen, daß sie die Vollständigkeit des Umwandelns anzeigen wollen, aber nicht die Methode. Die Revolution ist das Ziel, aber nicht das Mittel zum Ziele.“

Gegen die „Revolution“ in diesem Sinne wird niemand einen Einwand erheben. Die Köpfe werden allmählich umdenken lernen! Eine höhere Organisation des Lebens der Völker kann in der Tat nur der Erfolg einer organischen Entwicklung sein. Eine Revolution im marxistischen Sinne, bei der alles drüber und drunter ginge und eine vielhundertjährige Kultur zu einem Trümmerhaufen gewandelt würde, kann ein stützlich empfindender Mensch, der an die Entwicklungsfähigkeit der Menschheit zu höherem geistigen wie materiellen Wohl glaubt, nicht denken. Auch das, was heute ist, ist das Resultat solcher sozialen Revolutionen, die kein Blut und Brandopfer forderten. Interessant ist es auch, was Macdonald über den Parlamentarismus sagt:

„In einem autokratisch regierten Staate wie Deutschland beeinflusst der Sozialismus die Gesetzgebung nicht von Tag zu Tag. Er macht den Herrschenden Angst und erzielt auf diesem Wege manches, wie Bismarck erzwungen war, sozialistische Gesetze zu erlassen, um die Quellen der Unzufriedenheit zu verstopfen. Das aber ist ganz verschieden von

der Einwirkung auf die schöpferische Meinung einer Nation... Eine dogmatische liberale oder konservative Partei ist unter englischen Bedingungen ebenso unmöglich wie eine ähnliche sozialistische Partei, die im Traumland der wirtschaftlichen Gerechtigkeit wohnen wollte... Würde dem deutschen Parlament wirkliche demokratische Freiheit gegeben, so würden die deutschen Sozialisten genau den gleichen Problemen der Tagespolitik gegenüberstehen, wie heute die britischen. In einer Demokratie kann die sozialistische Methode niemals umstürzend sein. Was in einer Demokratie nicht mit der Stimme auszurichten ist, das ist auch nicht mit der Barrikade auszurichten.“

In allen seinen Äußerungen — das Buch beschäftigt sich auch mit einem ausführlichen Programm der Forderungen der englischen Arbeiterpartei — erkennt man Macdonald als einen ruhig überlegenden, politischen Denker. Sein Sozialismus ist kein sozialdemokratischer, sondern ein liberaler. Daher ist es auch der englischen Arbeiterpartei möglich und nützlich, mit dem englischen Liberalismus Schulter an Schulter den Kampf für den Fortschritt zu führen. Das englische Volk kommt dabei sicher vorwärts. Die Arbeiterkraft sichert sich dadurch einen starken Einfluß auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse. In Deutschland werden trotz des allgemeinen Geheimen und direkten Wahlrechts noch Volksvertretungen gewählt, die das Geheiß von dem beistimmen, was das Volk will. Gegen den Willen der arbeitenden Massen Englands kommt kein Gesetz zustande. Es geschieht nichts, was diesem Willen entgegensteht. Das ist der Erfolg erster politischer Mitarbeit innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung. Der marxistische Klassenkampf mag ängstlichen Gemütern noch ab und zu das Gruseln beibringen. Am ernsten, sichereren und allmählichen Aufbau und Ausbau des sozialen wirtschaftlichen Lebens eines Volkes leitet er nichts. K. A.

Ein konservatives Blatt für das Koalitionsrecht.

Der fromme „Reichsbote“ legt eine Lauge ein für das Recht der Arbeiter, sich zu koalieren. Anlaß hierzu gibt ihm die Nachricht aus Breslau, daß der Arbeitgeberverband der Breslauer Herren- und Knabenkonfektion die Ausperrung sämtlicher Schneider und Schneiderinnen, die den sozialistischen, christlichen und Kirch-Dürstlichen Gewerksvereinen angehören, beabsichtigen hat. Ueber den Vorgang selbst ist das Blatt nicht unterrichtet, weil es meint, die Ausperrung erfolge nur, „weil die betreffenden Arbeiter in irgendeiner Form organisiert seien.“ Das ist, wie wir weiter wissen, nicht der Fall. In Breslau sind 500 Arbeiter und Arbeiterinnen der Herrenkonfektion in den Ausstand getreten, weil über die von ihnen gestellten Lohnforderungen mit dem Arbeitgeberverband eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Die dann schließlich gemachten Zugeständnisse erzielten den Streikenden so geringe, daß sie die Annahme ablehnten. Daraufhin ist die Ausperrung beschlossen worden. Was der „Reichsbote“ aber für das Recht der Arbeiter zur Organisierung sagt, ist zutreffend und verdient, gerade weil es im „Reichsbote“ steht, besondere Beachtung:

Unter den heutigen Verhältnissen wird der einzelne in dem rücksichtslosen Interessenkampf einzeln zertreten, zerrieben; er ist ein Nichts; nur dadurch, daß er sich mit seinesgleichen verbindet, wird er zu einem

*) London, Williams and Worgate, 1 Schilling.

erhalten soll, der den Gesamtbeitrag der ihm zustehenden Rente auf 288 Mark bringt.

Die Unterstützungskassen sollen nur durch Beiträge der Arbeitgeber erhalten werden. Uebergangsweise haben jedoch alle Arbeiter, die am 1. Januar 1912 mehr als 30 Jahre alt sind, einen Monatsbeitrag von 40 Pf. zu leisten. Die Beitragssätze der Arbeitgeber soll für die Uebergangszeit entsprechend den jährlichen Aufwendungen fixiert werden. Sie soll jedoch nicht weniger als 1 1/2 Prozent und nicht mehr als 2 1/2 Prozent der von ihm ausgezahlten Jahreslohnsumme betragen. Die Mehrausgaben werden zu gleichen Teilen vom Staate und von der Provinz in der die betreffenden Gruben liegen, übernommen. Es wird nach den obigen Darlegungen kaum Vergleiche geben, die direkte Mitgliedschaft bei der „Caisse de Retraite“ nachsuchen. Der Antrag für den Arbeitgeber zur Mitgliedschaft bei einer Unterstützungskasse wird es mit sich bringen, daß allmählich alle Arbeiter den Unterstützungskassen als ausschließlichen Trägern der Altersversicherung unterstellt werden.

Jede dieser Unterstützungskassen soll von einem Komitee geleitet werden, dem Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl angehören und Streitfälle sind vor den lokalen Friedensrichter zu bringen und von diesem zu entscheiden. Die Kassen haben das Recht, sich zu Föderationen zusammenzuschließen und alle oder einzelne ihrer Funktionen gemeinsam auszuüben, besonders hinsichtlich der Feststellung der Beitragsanteile entsprechend der Zeit, während der die Vergleiche in den verschiedenen Distrikten nacheinander gearbeitet haben.

Die an Witwen und Kinder vor dem 1. Januar 1912 bewilligten Renten sollen nach den jetzt bestehenden Regulationen weiter gezahlt werden. Wenn ein Bergmann, der am 1. Januar 1912 mehr als 21 Jahre alt ist, aber das 60. Lebensjahr noch nicht erreicht hat, später während des Bezuges einer Rente stirbt, soll seine Witwe bei der Erreichung ihres 60. Lebensjahres von der Unterstützungskasse eine Jahresrente von 144 Mark erhalten, vorausgesetzt, daß sie für mindestens 20 Jahre die Ehefrau eines solchen Bergarbeiters (oder mehrerer nacheinander) gewesen ist.

Ausländische Arbeiter in belgischen Gruben haben dieselben Rechte als belgische Staatsangehörige. Sie erhalten Staatszuschüsse zu den durch ihre Beiträge gedeckten Renten jedoch nur, wenn sie mindestens zehn Jahre in Belgien ansässig waren und einem Staate angehören, der Bergarbeiter belgischer Nationalität äquivalenter Vergünstigungen gewährt.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 28. Juli 1911.

Trotz der glühenden Hitze hielt der Zentralrat gestern abend in seinem Sitzungssaale im Verbandshause eine vollständige Plenarsitzung ab. Der Vorstandsvorsitzende berichtete über die der Beschlußfassung des Zentralrats vorbehaltenen Fragen. Es wurde beschlossen, das Arbeitersekretariat in Saarbrücken zu erweitern und seinem Gebiet die Westfalen anzuschließen. Sodann wurde über die gegenwärtige Arbeiterbewegung berichtet und Kämpfe besprochen, an welchen verschiedene Gewerkschaften beteiligt sind. Einem Antrage des Deutschen Kaufmännischen Verbandes auf Aufnahme in den Verband der Deutschen Gewerkschaften wurde zugestimmt. Der Zentralrat erwartet von allen Ortsverbänden und Ortsvereinen, daß sie das neue Glied in der Verbandsgemeinschaft tatkräftig unterstützen und überall neue Ortsvereine für diesen neuen kaufmännischen Gewerkschaften gründen helfen. Flugblätter und Statuten werden auf Wunsch gern zugelandt.

Zu den internationalen Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich nahm der Zentralrat folgende Erklärung einstimmig an:

Der Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften richtet an die Regierungen von Deutschland, Frankreich und England, und an die Regierungen der diesen Ländern verbündeten Völker, die dringende Aufforderung, in peinlichster Gewissenhaftigkeit bemüht zu bleiben, die wegen Marokko zwischen Deutschland und Frankreich entstandenen Differenzen in friedlicher und für die beteiligten Völker ehrenvoller Weise zu schließen, wie es möglich war im Streite zwischen Frankreich und Spanien. Der Zentralrat ist überzeugt, daß die organisierten Arbeiter aller in dieser Erklärung genannten Kulturvölker den Frieden wollen und es nicht billigen würden, wenn Marokkos halber ein Appell an die Waffen und damit ein blutiges Vernichten ungezügelter, blühender Menschleben erfolgte. Der Zentralrat, als die Vertretung der in den Deutschen Gewerkschaften organisierten nationalgeprägten Arbeiter, sprach im Namen aller seiner Mitglieder, wenn er die Deutsche Regierung bittet, sich nicht beeinflussen zu lassen von einer Presse, die triegslustige Interessenten betreibt. Das deutsche Volk brachte Opfer über Opfer

für die Erhaltung des Friedens und will, daß es in seiner Kulturentwicklung nicht gestört wird durch blutige Auseinandersetzungen mit anderen Völkern. Deutschland darf es als seinen glänzenden Ruhm ansehen, daß es seit 40 Jahren den Frieden erfolgreich zu wahren wußte. Es ist der dringende Wunsch des Zentralrats, daß dieser Ruhm bestehen bleibt zur Ehre unseres Volkes.

Aus der Mitte des Zentralrats wurde angefragt, was die Verbandsleitung in Sachen der neuerlichen Vorgänge in der „Volkszeitung“ zu tun gedenke. Es wurde beschlossen, zunächst die Antwort der „Volkszeitung“ auf die Forderungen des Verbandsorgans abzuwarten bezw. in kürzester Frist eine neue Zentralratsitzung einzuberufen, die sich eingehend mit diesem Vorgang beschäftigen soll.

Die Reichsversicherungsordnung hat den verfassungsmäßigen Vollzug durch die Unterschrift des Kaisers gefunden. Das Reichsrecht wird in nächster Woche im „Reichsanzeiger“ publiziert werden. Mit dem Tage der Verkündung treten zunächst nur die Bestimmungen betreffend die Abstellung der Krankenkassen in Kraft. Die erheblich erweiterte Krankenversicherung selbst bedarf zu ihrer Durchführung großer Vorbereitungen. Wahrscheinlich wird am 1. Januar 1912 nur erst die neue Hinterbliebenenversicherung mit dem Invaliden-Versicherungsgezet in Kraft treten.

Die Verbandsleitung bereitet eine leicht faßliche Schrift vor über die Reichsversicherungsordnung, aus der sich die Versicherten rasch und sicher informieren können.

Der Breslauer Arbeitgeberverband der Serrenkonfektion verlangt von den Seimarbeitern und Arbeiterinnen die Unterschrift für den folgenden Revers:

Ich - sowie meine Ehefrau, - ich - für meine Tochter (Künderl) versichere - versichere - hierdurch an Eidesstatt, daß ich - wir - zwar bisher einer der 3 Organisationen Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter, Filiale Breslau, Christlicher Verband der Schneider, Schneiderinnen u. v. W., Zahlstelle Breslau, Gewerkschein der Schneider u. v. W., Ortsverein Breslau, angehört haben, aus denselben aber ausgetreten bin - sind.

Ich - wir - bin - sind - bereit, für die von obigen Organisationen boykottierten Firmen, zu arbeiten und dies durch Vorlegung von Arbeitszetteln einer dieser Firmen nachzuweisen. Die Abmeldung aus der Organisation ist durch einen von der beschäftigten Firma zur Abwendung zu bringenden Einschreibebrief nachzuweisen, wenn ich nicht auf andere Weise den Nachweis zweifellos erbringen kann.

Breslau, den 1911.

Unterschrift Wohnung
Wir hoffen, daß es nicht allzuviel Seimarbeiter geben wird, die diesen entwürdigenden Revers unterschreiben. Wir verweisen hierzu noch auf den Artikel „Einkonvertiertes Blatt für das Koalitionsrecht“.

Das Wachstum der deutschen Arbeiterorganisationen erhellt aus einer Zusammenstellung, die im „Vorwärts“ erfolgt nach den Ziffern der General-Kommission, der christlichen Gewerkschaften und anderer Deutschen Gewerkschaften, wie sie von den Hauptleitungen dieser Organisationen veröffentlicht wurden:

Den Gesamtziffern der Organisierten der drei ebenbenannten Organisationsrichtungen ist immer das Wachstumsergebnis zugefügt. Es ergibt sich so für 1909 und 1910 das folgende Bild:

Industrie-Gruppe	freie, christliche und kirchlich-kundliche organisierte Arbeiter		1910 mehr
	1910	1909	
Baugewerbe	407 378	385 525	+ 21 843
Metallindustrie	583 048	468 055	+ 116 083
Textilindustrie	164 565	180 388	+ 4 177
Handels- und Transport- gewerbe	259 158	177 844	+ 81 314
Bergbau	200 905	190 345	+ 19 560
Bekleidungsindustrie	123 768	105 361	+ 18 402
Goldindustrie	199 573	179 658	+ 19 915
Nahrungs- u. Genussmittel	118 561	100 149	+ 18 412
Gärtner	6 343	5 663	+ 680
Gastwirtschaftsgehilfen	12 939	10 011	+ 2 928
Industrie d. Steine u. Erden	70 151	66 390	+ 3 764
Papier- und Lederindustrie	71 792	52 162	+ 19 630
Poligraphische Gewerbe	97 179	92 780	+ 4 399
Fabrikarbeiter	184 180	151 451	+ 82 679

In allen Industriegruppen resp. Berufsgruppen kann hiernach für 1910 gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme der organisierten Arbeiter verzeichnet werden.

In London begann am 24. Juli der 22. Internationale Bergarbeiterkongress. Der Kongress ist stark besucht. Aus Deutschland sind 16 Delegierte

erschienen. Unser Gewerkschafter Bergarbeiter ist durch seinen Vorsitzenden Franz Schmidt vertreten. Die englischen Vertreter hatten 500 000 Mitglieder hinter sich stehen und ihre Organisationen befaßen ein Vermögen von 20 Millionen Mark. Als liberale Abgeordnete sitzen 14 Bergarbeiter im englischen Unterhause. Die englische Bergarbeiterorganisation zahlt ihren Mitgliedern für die Dauer der parlamentarischen Tätigkeit ein Jahresgehalt von 7000 Mark. Die erste Sitzung demonstrierte in eindrucksvoller Weise für den Frieden. Edwards (England), Warville (Belgien), Lamendin (Frankreich), Gué (Deutschland), Jarolin (Oesterreich) betonten die Friedensliebe der Völker. Für Deutschland erklärte Gué, daß die übergroße Mehrheit des Volkes ohne Unterschied der Partei auf dem Boden des Friedens stehe und der Ueberzeugung sei, daß Konflikte, wie sie jetzt um Marokko entstanden seien, hier wohl durch ein internationales Schiedsgericht beizugt werden könnten. Wie einst Bismarck gesagt habe, Bulgarien sei ihm nicht die Knochen eines einzigen pommerischen Grenadiers wert, so könne man heute sagen, auch Marokko sei nicht die Knochen eines deutschen Soldaten wert. Der ehemalige deutsche Kaiserbesiegerte August Siegel, der vor zwanzig Jahren nach Schottland ausgewandert war, erschien ebenfalls auf dem Kongresse als Delegierter der schottischen Kameraden.

Am zweiten Tage verhandelte der Kongress über die Verstaatlichung der Bergwerke. Die Resolutionen für die Verstaatlichung wurden einer Redaktionskommission überlassen. Sodann wurde die Forderung von Arbeiterinspektoren im Bergbau erörtert und eine zustimmende Resolution einstimmig angenommen.

Arbeiterbewegung.

In der schlesisch-lausitzer Glasindustrie kommt es nicht zu der für den 29. Juli angedrohten Aussperrung, weil erfreulicherweise am Mittwoch eine Einigung zustande gekommen ist. Im Hamburger Holzarbeiterstreik, der nun schon vier Monate andauert, ist das Ende noch nicht abzusehen. Der Bürgerchaftspräsident Engel wollte einen Vermittlungsversuch einleiten, der aber von der Arbeiterschaft abgelehnt wurde. Der Vermittlungsvorschlag ging dahin, daß der Arbeiternachweis, um den es sich hierbei handelt, zur Hälfte dem Holzarbeiterverband überlassen werden sollte, während der Arbeitgeberverband die andere Hälfte führen wollte. — Infolge von Lohnstreitigkeiten bei der Firma Kasten & Söhne in Kaldenkirchen hat der niederrheinische Zigarrenfabrikantenverein beschlossen, in vierzehn Tagen eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen, wenn bis dahin die Arbeit bei der genannten Firma nicht wieder aufgenommen worden sei. — Der Streik zwischen den Berliner Buchbindern und Buchdruckereien hat durch Vereinbarung eines Tarifs Schlichtung erfahren. Der Tarif ist am 21. Juli in Kraft getreten und gilt bis zum 31. Dezember 1916. — Infolge des Streiks in den Leipziger Metallgießereien, der bereits Ende Mai begann und dem sich in voriger Woche auch noch die Fräser, Mechaniker und Klempner angeschlossen haben, wurden von den übrigen Metallwarenfabriken in Leipzig 60 Prozent der Arbeiter ausgesperrt. Diese Maßregel trifft gegen 1000 Arbeiter. — Die Aussperrung der Steinseher im Regierungsbezirk Merseburg ist nach neunzehntägiger Dauer durch Vereinbarung eines Tarifvertrages beendet worden, der eine Lohnerhöhung von 1 Pf. pro Stunde bringt. — Die Hilfsarbeiter der Ofenfabrik in Bismarck hatten am 7. Juni eine Lohnforderung eingereicht, auf die von der Firma aber nicht reagiert wurde. Daraufhin kündigten die Arbeiter am 17. Juni und traten am 1. Juli in den Streik ein. Nunmehr war die Firma zu Verhandlungen, die sie erst abgelehnt hatte, bereit. Dabei ist eine Lohnerhöhung von 2-3 Pf. pro Stunde erzielt worden. Bisher betrug der Stundenlohn ganze 27 1/2 Pf.

Im normativen Kampf sind die von der Regierung eingeleiteten Vergleichsverhandlungen als aussichtslos abgebrochen worden. Die Arbeitgeber wollen nun die Aussperrung auch noch auf das Baugewerbe, sowie auf die Zucker- und Schokoladenindustrie ausdehnen. Die sozialdemokratische Presse führte auch während des Versuches, eine Einigung herbeizuführen, eine scharfe Sprache. Die Arbeiter werden darin aufgefordert, sich mit Waffen zu versehen, damit sie eventuell dem Eingreifen von Militär sich entgegenstellen können. Hoffentlich besorgen die Arbeiter diesen Rat nicht, denn dadurch würde sehr leicht ein furchtbares Blutbad angerichtet werden können, bei dem die in jedem Falle schlechter bewaffneten Arbeiter naturgemäß den kürzeren ziehen müßten.

Die Berechnung des pfändungsfreien Lohnnein-kommens ist durch eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamm geklärt worden. Die „Soziale Praxis“ berichtet darüber: Ein Kaufmann in Caternberg hatte gegen mehrere Arbeiter, die Waren von ihm gekauft, aber nicht bezahlt hatten, rechtskräftige Urteile erwirkt und den Lohn dieser Leute, die auf einer Zeche beschäftigt waren, pfänden und sich zur Einziehung überweisen lassen, soweit der Lohn monatlich den Betrag von 125 Mark überstieg. Die Zechenkasse brachte die Versicherungsbeiträge für Alters- und Krankenversicherung von der wirklich verdienten Lohnsumme vorweg in Abzug, ließ dann den einzelnen Arbeitern 125 Mark zukommen und zahlte erst den verbleibenden Rest an den betreffenden Pfändungsgläubiger aus. Der machte geltend, der ganze Verdienstbetrag über 125 Mark sei pfändbar, die Versicherungsbeiträge dürfen nicht abgezogen werden. Wegen des durch die Abzüge erwachsenen Schadens von 600 Mark erhob er gegen die Zeche Klage. Die vierte Zivilkammer des Landgerichts Essen verurteilte auch die Zeche, an den Kläger den Betrag von 600 Mark herauszugeben. Die genannten Geselle seien eine Vergütung im Sinne des Lohnbefreiungsgesetzes; unter Vergütung sei jeder dem Berechtigten zu gewährenden Vermögensvorteil zu verstehen. Zur Feststellung des Gesamtbetrages der Vergütung müßten alle Teile zusammengezählt werden. Das Oberlandesgericht hob das Urteil jedoch auf und wies die Klage kostenpflichtig ab. Das von der Zechenverwaltung vorgenommene Abzugsverfahren entspreche durchaus den Gesetzen, weil die Pfändung nur auf diejenigen Beträge sich erstrecken könne, die nach Abzug der Gesellen noch den Betrag von 125 Mark überstiegen!

Wer zahlt die Wertwachstumssteuer? Eine Gesellschaft hatte einer anderen ein in der Gemarkung Weizensee bei Berlin gelegenes Gelände verkauft. Die Gemeinde Weizensee hatte von der Verkäuferin 84 000 Mark Wertwachstumssteuer verlangt. Die Zahlung wurde abgelehnt, weil die Verkäuferin behauptete, die Käuferin müsse diese Steuer bezahlen. Das Landgericht entschied dahin, daß die Käuferin zu zahlen habe. Das Kammergericht traf eine entgegengelegte Entscheidung. Wer den Wertwachs habe, und das sei die Verkäuferin, müsse von ihrem Gewinn auch die Steuer bezahlen. Auch das Reichsgericht trat dieser Auffassung bei. Sinn und Zweck des Gesetzes sei, daß der Verkäufer bezahle, wenn im Kaufvertrag nicht ausdrücklich das Gegenteil vereinbart worden sei.

Soldaten als Maler. Mannschaften vom 5. Garde-Regiment hatten bei einem Hausbesitzer in Spandau Malerarbeiten verrichtet. Ueber diese Konkurrenz beschwerten sich einige Meister beim Kriegsministerium, das die Angeldgenheit zur weiteren Verfolgung dem Generalkommando übergab. Die Untersuchung ergab, daß der Feldwebel G. einen Grenadier befragt hatte, ob er die von dem ihm

bekanntem Hausbesitzer gewünschten Malerarbeiten übernehmen wolle. Der Heiratsrat sagte zu und ihm schlossen sich zwei weitere Grenadiere an. Die drei erhielten für die Arbeit im ganzen vom Hausbesitzer 20 Mark, der Feldwebel aber bekam vom Kriegsgericht der 2. Garde-Division fünf Tage gefundene Arbeit, weil er die Leute zu Zwecken, die nicht mit dem Dienst in Verbindung stehen, mißbraucht hatte.

Auf dem Festkommers zu Ehren der Generalversammlung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter in Köln wurde ein Lied gesungen, das sich der Steuerpolitik des schwarz-blauen Blocks annimmt. Der betreffende Vers des in kölnischer Mundart verfaßten Liedes hat folgenden Wortlaut:

Neue Stäre allerhand wäde projektert,
Dröm em Reichsdnaa, nit o Inapp, weed sich tisputtert:
Wann de Körlag tritisch weed, un de Luusich schläch:
Dann wed 'ne neue Blod geschmick, dä brängt lo en de Blag,

Wenn alles drüber jähng,
De Klodparten je dent:
Doh litt doch ne Träd dran geläge,
Dat es uns egal, und dat blieb uns egal,
Doh litt doch ne Träd dran geläge,
Dat es un blieb uns egal.

So viel wir auch dem kölnischen Humor zu gute halten, so glauben wir doch nicht, daß alle katholischen Bergarbeiter sich so leichten Scharzes über die Steuerpolitik des Zentrums und der konservativen hinwegsetzen und sich höhnend selbst zurufen könnten, daß den Klodpartei ein Dreck daran gelegen sei, wenn die Arbeiterkassier mit ihnen unzufrieden ist.

Gewinnbeteiligung in der kanadischen Stahlindustrie. Die Dominion Steel-Corporation in Neu-Schottland gibt in Zukunft Schuldcheine von 50 und 100 Dollars heraus (212 bzw. 425 Mark), die von ihren Angestellten und Arbeitern erworben werden können. Der Kaufpreis kann bei den ersten entweder in 24 monatlichen Raten von 2 Dollars (8,50 Mark) oder in 36 Raten von 1,30 Dollars (5,50 Mark) entrichtet werden. Für die 100 Dollar-Schuldcheine sind Raten doppelt so hoch. Sollte vor der Vollzahlung des Kaufpreises der Arbeiter sterben, so erhalten seine Rechtsnachfolger den vollen Wert des erworbenen Schuldcheins ausgezahlt. Nach erfolgter Entrichtung des ganzen Kaufpreises wird die eingezahlte Summe mit 6 Prozent jährlich verzinst.

Verbands-Zeil.

* An die Ortsvereine des Arbeitersekretariats Bremen.
Wir machen hiermit die Ortsvereine nochmals auf die am 6. August, vormittags 10 Uhr, stattfindende Ortsvereinskonferenz in Bremen aufmerksam. Die Ortsvereine werden gebeten, ihre Vertreter und diejenigen, welche sich am Mittageffen beteiligen wollen, beim Sekretariat anzumelden, soweit dieses noch nicht geschehen ist.
Die Beamtenkommission.

Berichtungen.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerksvereine (S. 2.). Verbandsbaus der Deutschen Gewerksvereine, Greifswalderstr. 221/23. Am Sonntag, 30. Juli findet ein Ausflug mit Tamen statt. Abfahrt morgens 8 1/2 Uhr vom Bahnhof Ostjundbrunnen (Bahnsteig D) nach Hoheneueendorf. Rückfahrt treffen uns von 12 Uhr mittags im Rest. Brink, Blütenwerder. — **Gewerksvereins-Vierertafel (S. 2.).** Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr. Leitungsbunde I. Verbandsbaus der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Bitte mitl. — **Sonnabend, 29. Juli. Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Versammlung bei Radau, Waldstr. 53. Vortrag.

Orts- und Regionalverbände.

Cottbus (Distrikterklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Sonntag im Monat bei Hankeln, Sandowstr. 42. — **Düffeldorf (Sachmirtschschule).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandsbaus, Rurfaßstr. 29. Sitzung. — **Eberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Vertreterfehlung bei Roggenkämpfer, Eberfeld, Luisenstr. und Erholungstr.-Gde. — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband-Vertreterfehlung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal E. Simon, Alter Markt. — **Haaren b. Mieschen.** Jeden 8. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Distrikterabend bei Rudewig. — **Halle a. S. (Ortsv.).** Der Distrikterabend find. jed. 1. Sonntagabend i. Monat i. Passage-Rest. W. Braubausstr. hat. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr, in Hüttmanns Hotel, Poststr., Distrikterstunde. — **Hierlohn (Distrikterklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Döhrstr. — **Köln (Ortsverband).** Donnerstag, 3. August, Vertreterfehlung in der Lena-Erholung. Jeder Vertreter wird ersucht, sich über den Kartenerwerb zum Sommerfest in seinem Ortsvereine zu informieren, sowie ungefähr die Zahl, die sich am gemeinsamen Kaffe teiligen, festzustellen. — **Leipzig (Gewerksvereins-Vierertafel).** Die Leitungsbunden proen jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25. hat. Gäste und Stammgäste Mitglieder sind gerat. willkommen. — **Stettin (Sängerchor der Gewerksvereine).** Die Leitungsbunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Nebel, Poststr. 5. hat. Stimmbegabte Kollegen sind gerat. wllk. — **Tegel (Distrikterklub für Tegel, Borghalde und Reinickendorf).** Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr bei Seher, Berlinstr. 38. Gäste willkommen. — **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolet, Mauerstr. 62. — **Wesermünde u. Umgegend (Ortsverband).** 6. August, nachm. 2 Uhr Vertreterfehl. in Berlin. 4 Uhr öffentl. Vers. — **Wiesbaden a. S. (Gelangabteilung der Gewerksvereine).** Leitungsbunde jede Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Glanglebende Gewerksvereinskollegen stets willkommen. — **Wiesbaden (Distrikterklub der Gewerksvereine).** Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren.
Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht.
Annalen für Soziale Politik und Gesetzgebung. Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun. Preis 170 Band (6 Hefte) 18.— M. Verlag von Julius Springer, Berlin.
Jahresbericht des Gewerbe-Aufsichtsbearnten des Großherzogtums Mecklenburg-Strelitz für 1910.
Jahresbericht des Gewerbe-Aufsichtsbearnten des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin für 1910.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorzeitige Bezahlung angenommen.

Medizinalverband für die Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker) und deren Angehörigen in Berlin und dessen Vororten.

General-Versammlung.

Sonntag, den 13. August 1911, vorm. 10 Uhr im Verbandsbau, Greifswalderstr. 222.

Tagesordnung:

- I. Rassen- und Redaktionsbericht I. und II. Quartal 1911.
- II. Von der Behörde angeordnete Statutenänderung.
- III. Kenntnisnahme von dem Beschlus des Vorstandes, Ausschlus der Mitglieder des Vereins der deutschen Kaufleute aus dem Medizinalverband betreffend.
- IV. Antrag Schlochauers.
- V. Geschäftliches.

Der Vorstand:

E. Schlochauer, Vorsitzender. **H. Körner,** Schriftführer. **E. Dabrud,** Hauptkassierer.

Jeder Arbeiter muß zur Hand haben: **Reichsversicherungsordnung,** billigste Ausgabe auf holzr. Papier in Bienen, Nr. 1 M., für Vereine bei Vorauszahlung 10 Stück 6,50 M., 18 Stück 10 M., franko. Wilhelm Krens, Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 124. Postfach Berlin 7845.

Sommerfeld (Ortsv.). Durchreisende Arbeitsskole erhalten das Ortsverbandsgesent im Betrage von 50 Pfg. beim Verbandskassierer **Koll. Hugaube, Sommerfeld, Krummstr. 108.**

Kangendree. Das Ortsgesent des Ortsvereins der Maschinenbauer an durchreisende Gewerksvereinskollegen wird ausgezahlt beim Kassierer **Heint. Brod** in Berne. b. Kangendree, Bahnhofstr. 88.

Leipzig-West (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten die Karten für das Ortsverbandsgesent bei den Vereinskassierern. Für Abendbrot und Nachtquartier haben dieselben in „Stadt Hannover“, Seelitz, Seeburgstraße 25-27 Gültigkeit.

Nabeberg i. Sach. Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsgesent im Betrage von 75 Pfg. bei dem Kollegen **Richard Wenzel, Nabeberg** 16.

Gelsenkirchen (Ortsverband). Durchreisende Mitglieder erh. ein Ortsverbandsgesent in Höhe von 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer **Wihelm Mater, Bochumer Straße 95,** in der Zeit von mittags 12-1 und abends von 7-8 Uhr.

Barth i. Pomm. (Ortsverb.). Durchreis. Gewerksvereinskollegen erhalten 50 Pfg. Karten find zu haben bei **Kug. Dähn, Poststraße 24.** Arbeitsnachweis das.

Saarbrücken (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfennig bei den Ortsvereinskassierern oder im Sekretariat **Caarbrücken** u. Neuwieserstr. 42.

Hlm a. D. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 1 Mark Unterstützung beim Ortsverbandskassierer **Greiner, Pflaengasse 17.**

Hohenwülzen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen jeden Betrages erhalten Reiseunterstützung beim Kollegen **Kohl, Nordstr. 10.**

Reusfeld (Ortsverb.). Durchreis. Genossen erhalten 50 Pfg. bei **Kug. Reimer, Friedrichstraße 36.**

Görlitz (Ortsverb.). Wandernde Kollegen erhalten Verpflegungskarten im Werte von 75 Pfg. bei ihren Ortsvereinskassierern. Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer **W. Kirsch, Ober-Steinwea 6 II.** Arbeitslose Kollegen, welche hierher kommen und wegen Arbeit Umschau halten, aber gleich wieder abreisen, erhalten ein Ortsgesent von 50 Pfg. nur beim Ortsverbandskassierer.

Eisenach u. Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. vom Ortsverbandskassierer **D. Bennewig, Rennbahnstraße 54.**

Vereinsbedarf, Fahnen, Abzeichen, Theaterdekorationen.
Herrn, Liste 160 best.
Wilhelm Hamann,
Düsseldorf, Fahrenstr.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Gutsarten im Werte von 1,20 M. beim Kollegen **Emil Schmidt, Stettin, Postweg 22** im Baden. Die Verbandsberberge befindet sich (Hafentstraße 49 (Sägers Oafwirtschafts).

Raugen. Durchreisende erh. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr von 1. April bis 1. Oktober 75 Pfg. bei **E. Serbe, Kornmarkt 9.**

Dormund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Ortsgesent im Gewerksvereinsbureau, Burgmündstr. 24. Angerben erhalten daselbst durchreisende formen 75 Pfg. von der Formersession. Auch der Arbeitsnachweis ist dort.

Hirschberg (Ortsverband). Die Unterstützungsarten erhald. durchreisende Gewerksvereinskollegen bei **H. Flemm, Markt 2.**